

Andreas Bühl

Ihr Abgeordneter für den südlichen IIm-Kreis



MEIN BERICHT AUS DEM THÜRINGER LANDTAG - AUSGABE MÄRZ



Sehr geehrte Leserinnen und Leser,
liebe Unterstützer,

es ist schon ein ganz schöner Hammer, den der Landesrechnungshof mit seinem Bericht in dieser Woche vorgelegt hat. **Die rot-rot-grüne Landesregierung hat unzählige garnicht oder kaum qualifizierte Mitarbeiter eingestellt, nur weil das Parteibuch passt.** Deutlicher als mit den Worten der Rechnungshof-Präsidentin Kirsten Butzke kann man es nicht sagen: "Die Verstöße waren **systematisch und schwerwiegend**. Es handelte sich nicht nur um Einzelfälle. Ungeachtet der verfassungsrechtlichen Vorgabe und der klaren gesetzlichen Ausformung hat **die Landesregierung das Leistungsprinzip nicht durchgesetzt.**" Wir werden uns für eine **parlamentarische Aufarbeitung** einsetzen und verlangen volle Aufklärung sowie Konsequenzen.

Unsere ablehnende Auffassung haben wir zum **Verbot von Öl- und Gasheizungen** deutlich gemacht! Hierzu haben mich im Bürgerbüro schon unzählige Rückmeldungen erreicht. Alle einhellig: das Ziel den Klimaschutz voranzutreiben bestreitet niemand. Aber dieser überstürzte und undurchdachte Weg dahin geht nicht. Mit den schon gesammelten Unterschriften werden wir dies auch in einem **Protestbrief** von Thüringer Bürgern an Robert Habeck richten.

Gute Nachrichten gibt es für die Gemeinden und den IIm-Kreis. Es hat schon viel zu lang gedauert, doch nun soll endlich die **Auszahlung von Energiehilfsgeldern des Landes** vorangehen. Damit kann hoffentlich auch die Kreisumlage weniger stark steigen und die Gemeinden werden entlastet, um keine erheblichen Erhöhungen von Gebühren oder Beiträgen für Bürger machen zu müssen oder Förderungen für Vereine streichen zu müssen.

In diesem Sinne wünsche ich Ihnen und Euch ein gutes Wochenende! Die ersten Frühlingssonnenstrahlen waren heute schon gut zu genießen!

Herzliche Grüße!

Ihr Andreas Bühl

Entlastung für Schulen und Kindergärten schnellstmöglich beschließen



„Die Hilfen für Wirtschaft, Kommunen und Schulen aus dem Energie-Sondervermögen müssen endlich fließen. Und zwar effizient, zielgenau und so schnell wie möglich dorthin, wo sie dringend gebraucht werden.“, das hat Andreas Bühl in der Plenardebatte zu den Gesetzesentwürfen von CDU und Rot-Rot-Grün zur Ausreichung der Mittel des im Oktober vom Landtag beschlossenen Energie-Hilfsfonds gesagt. „Die Mittel werden vor Ort dringend gebraucht. Aufgrund von Kostensteigerungen wird so in Ilmenau über die Steigerungen von Elternbeiträgen in Kindergärten diskutiert. Im Kreistag streiten wir weiter über eine vertretbare Belastung der Gemeinden und gleichzeitig sind die Unterhaltskosten für die Schulen im Kreis gestiegen.“, drängte Bühl zur Eile.

„Die Landesregierung brauchte mehr als ein Vierteljahr, um zu der Erkenntnis zu kommen, dass nun ein Gesetz dafür notwendig sein soll“, kritisierte Bühl die erneute Verzögerung. Deshalb müsse das nun eingebrachte Gesetz schnell beschlossen werden. „Eine schnelle Bearbeitung im Fachausschuss und Beschluss im April halte ich für nötig. Dann kann eine Auszahlung endlich erfolgen.“, sagte Bühl

Mit Beschluss des Gesetzes soll das Sondervermögen vollzogen werden, nachdem Kreise und kreisfreien Städte eine Hilfe für Energiekosten, für Bildungseinrichtungen sowie Sportstätten erhalten. Für jeden Schüler und jedes Kind, das in einem Kindergarten gemeldet ist, würde dann eine pauschale Erstattung von 110 Euro geleistet. Für den Ilm-Kreis bedeute dies eine Einmalzahlung von zirka 2,3 Mio. Euro, welche bereits im Haushaltsvorschlag der Landrätin eingepreist wurde. Zusätzlich würden für Schulen ca. 1,26 Mio. Euro an den Kreis ausgezahlt, welche den Druck auf den Kreishaushalt etwas zusätzlich mildern könnte, so Bühl. Die Kreisumlage müsste dann weniger steigen und den Gemeinden bleibt mehr Geld für deren Aufgaben. Für die Kindergärten der Städte und Gemeinden würden ca. 495.000 Euro ausgezahlt. Somit könnte der Ilm-Kreis und seine Gemeinden zirka 4,0 Mio. Euro Energiekostenzuschuss vom Freistaat erhalten. Zusätzlich und noch nicht genau zu beziffern sei eine Zahlung für Sportstätten, welche nach Einwohnerzahlen geleistet werden soll.

Aktuelle Stunde und Unterschriftensammlung gegen Habecks Heizungsverbot



Der Landtagsabgeordnete Andreas Bühl (CDU) und seine Fraktion haben die Pläne von Energieminister Habeck für ein Öl- und Gasheizungsverbot am Mittwoch zum Thema einer aktuellen Stunde im Landtag gemacht. Gleichzeitig hat die Unterschriftensammlung von Bühl und Landtags-CDU gegen das Verbot nun schon mehr als 7000 Mitzeichner. Bühl kritisierte Habecks Vorhaben als „systematische Politik gegen den Ottonormalverbraucher“. Er berichtet von zahlreichen

Bürgern aus dem Ilm-Kreis, die sich diesbezüglich an ihn gewendet hätten. „Die Menschen haben Sorgen, sie haben schlichtweg Angst und fragen sich, wer soll das alles bezahlen? Klimaschutz muss sozial gerecht, und Klimaschutz darf kein Elitenprojekt sein, bei dem die normalen Bürger auf der Strecke bleiben. Für viele Menschen im Ilm-Kreis sind Fragen der Energieversorgung schlichtweg eine Existenzfrage“, machte Bühl deutlich.

Noch immer sei die mit Öl oder Gas versorgte Heizung im Ilm-Kreis eher die Regel, als die Ausnahme, sagte Bühl. „Jedem – und eigentlich auch Herrn Habeck – muss klar sein: Die Wärmepumpe ist kein Allheilmittel. In Altbauten lassen sich die gebräuchlichen Heizmodelle damit aktuell schwer ersetzen. Von im Zweifel notwendigen Umbauten wie der Installation einer Fußbodenheizung oder Investitionen in Gebäudedämmung ganz zu schweigen“, kritisierte Bühl. Mit Blick auf die Entlastungspakete der Bundesregierung sagt Bühl, diese habe es bis heute nicht geschafft, eine Preisbremse für Öl und Holzpellets umzusetzen. „Es ist inakzeptabel, dass die Bürger abhängig von der Heizungsart so unterschiedlich entlastet werden. Die Preisbremse für Wärme sollte unabhängig vom Energieträger dasselbe Preisniveau aufweisen, alles andere produziert massive Ungerechtigkeiten.“

Interessierte, die die Forderung nach einem Stopp der Ampel-Pläne zum Verbot von Öl- und Gasheizungen unterstützen wollen, können auf der Seite <http://www.ampel-stoppen.de> unterschreiben.

CDU-Fraktion fordert Erklärung der Ramelow-Koalition zur Einstellungspraxis



Die CDU-Fraktion fordert mit Blick auf den Rechnungshofbericht zur Einstellungspraxis der Ramelow-Regierung eine Erklärung des Ministerpräsidenten. „Das moralische Kartenhaus von Rot-Rot-Grün fällt in sich zusammen. Wer derart hohe Maßstäbe an andere anlegt, darf sich bei eigenen Verfehlungen nicht wegducken, wie Herr Ramelow und sein Staatskanzleichef es seit Monaten tun“, erklärt der parlamentarische Geschäftsführer der Fraktion, Andreas Bühl. Der Rechnungshof hält in seinem Sonderbericht nach eigener Aussage an den wesentlichen Kritikpunkten fest. Demnach habe es in zahlreichen Einstellungsverfahren von Staatssekretären und Mitarbeitern in Leitungsbereichen der Ministerien keine Bestenauslese gegeben. Verstöße gegen den Leistungsgrundsatz seien systematisch und schwerwiegend. Bühl: „Das, was seit Monaten scheinbar durch die Medien aufgedeckt wurde, liegt jetzt schwarz auf weiß vor. Der Kern der eklatanten Verfehlungen ist bestätigt: Die Einstellung von hochrangigen Mitarbeitern der Ramelow-Regierung ist in vielen Fällen rechtswidrig und nicht nachvollziehbar.“

Mit der Vorlage des Prüfberichts müsse auch das Versteckspiel hinter Paragraphen enden, sagt Bühl. „Der Nebel in der Staatssekretärs- und Einstellungsaffäre lichtet sich. Wer so mit

Steuergeld umgeht und dem Steuerzahler Schaden in Millionenhöhe aufbürdet, muss sich erklären und der viel beschworenen Transparenz auch Taten folgen lassen“, so der CDU-Politiker. Die Thüringerinnen und Thüringer hätten völlig zu Recht Anspruch und muss sich jetzt intensiv damit auseinandersetzen.“

Bühl zu Besuch im Kindergarten „Fischerboot“ in Ilmenau



Nach knapp über einem Jahr Öffnungszeit des neuen evangelischen Kindergartens „Fischerboot“ stattete Landtagsabgeordneter Andreas Bühl (CDU) der Einrichtung einen Besuch ab, um sich zu erkundigen, wie der Betrieb sich entwickelt hat. Kindergartenleiterin Andrea Glinke berichtete gemeinsam mit dem Leiter der Diakonie Ilmenau, Thomas Fastner von den Erfahrungen seit der Eröffnung. Der Kindergarten wurde bisher gut angenommen. Man habe nun schon beinahe 70 Kinder und sei dankbar für die starke Unterstützung der Stadt Ilmenau in der Eröffnungsphase. Mit einem sehr offenen Konzept, was gut zu den weiträumigen und hellen Räumen des neuen Kindergartens passt, wolle man den Kindern Raum zur Entwicklung ihrer Persönlichkeit geben. Die Außenanlagen seien soweit fertig und das Team habe sich gut eingespielt, freute sich Thomas Fastner.

Doch gebe es auch erhebliche Herausforderungen für alle Kindergärten, konnte Bühl feststellen. Die Finanzierung der freien Träger in Ilmenau werde zunehmend schwierig, höre er von allen diesen Einrichtungen im Stadtgebiet. Ilmenau habe im Vergleich zu den Gemeinden in der Umgebung eine ziemliche Insellösung mit der Bezahlung von Pauschalen. In anderen Orten werden die tatsächlichen Kosten abgerechnet. „Hierüber wird man auch bei uns im Stadtrat nachdenken müssen, um das faire Miteinander der Kindergärten zu erhalten“, sagte Bühl. Ihn besorge außerdem die Situation von stark steigenden Elternbeiträgen, denn Kindergarten als Einstieg in die frühkindliche Bildung müsse bezahlbar bleiben.

Deshalb mache er sich in der Landespolitik für eine höhere Erstattung von Kosten an die Gemeinden stark. „Im Oktober haben wir im Landtag ein Notprogramm für steigende Energiekosten in Kindergärten und Schulen beschlossen. Die Landesregierung hat es bisher nicht geschafft die Gelder auszuzahlen. Das geht so nicht! Unsere Kommunen brauchen das Geld! Gleiches trifft den Personalschlüssel. Wenn Arbeitszeiten auf 39 Stunden die Woche abgesenkt werden, dann muss den Trägern Geld für dann nötiges zusätzliches Personal erstattet werden.“, sagte Bühl zu aktuell von ihm vorangetriebenen Themen im Landtag.